

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 35. Rat 2020-2025 Sitzungsdatum: 06.02.2025 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 06.02.2025

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Oliver Walther versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Einführung und Verpflichtung von Stadtverordneten
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2024
3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.06.2024 aus öffentlicher Sitzung
4. Festlegung der Termine für Einwohnerfragestunden im Jahr 2025
5. Beteiligung der Kreiswerke Heinsberg GmbH im NEW Holding-Modell
Anpassung der Gesellschaftsverträge und Satzungen von Beteiligungen des Kreises Heinsberg an die geänderten Vorschriften der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) bei den Tochtergesellschaften der NEW Kommunalholding GmbH
hier: 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz mit Anpassungen des § 108 GO NRW
6. 68. Änderung des Flächennutzungsplanes - Marienhöhe II -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
7. Bebauungsplan Nr. 139 - Marienhöhe II -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
8. Bebauungsplan Nr. 136 - Alte Aachener Straße -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Beschluss als Satzung
9. 5. Änderung der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)
10. Haushalt 2025
- 10.1 Haushaltsreden

- 10.2 Einwendungen gemäß § 80 Absatz 3 GO NRW zum Haushaltsentwurf
- 10.3 Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf
- 10.4 Beratung und Beschluss des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2025
- 10.5 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2025
- 11. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 05.12.2024 gem. § 4 GeschO betr. Nachhaltige Regelungen für Wahlwerbung
- 12. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 27.12.2024 gem. § 4 GeschO betr. Verkehrsführung Alte Aachener Straße 3-45
- 13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 01.01.2025 gem. § 4 GeschO betr. Regulierung von Silvesterfeuerwerk durch zentrale Feuerwerksorte zur Minimierung von Gefahren und Umweltbelastungen
- 14. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 14.1 Kreis Heinsberg: Fortschreibung des Nahverkehrsplanes - Beteiligungsverfahren
- 14.2 Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 20.01.2025 gem. § 4 GeschO betr. "Pilotprojekt Schulstraße" (an der GGS in Palenberg)
- 14.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2025 gem. § 4 GeschO betr. Umbesetzung von Ausschüssen
- 15. Bericht des Kämmers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- 16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
Anfragen
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
- 17. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.06.2024 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 18. enwor – energie & wasser vor ort GmbH;
Stammkapitalerhöhung und Gesellschaftsvertragsänderung einer mittelbaren Beteiligungsgesellschaft im Zusammenhang mit der Gründung von Projektgesellschaften innerhalb des Teilkonzerns (Vorratsbeschluss)
hier: Gesellschaftsvertragsänderung und Stammkapitalerhöhung der STAWAG Energie
- 19. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 20. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 20.1 hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung

20.2 Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Daniela Altana	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Bernhard Brade	parteilos (fraktionslos)	
Frau Claudia Burghardt	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Marcel Derichs	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Nico Einmahl	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Hans Engels	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Heinrich-Josef Frings	UWG/ Freie Wähler (Fraktion UWG/ Freie Wähler)	
Herr Herbert Görtz	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Peter Jung	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Walter Junker	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Frau Doris Kleinsteuber	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Lars Kleinsteuber	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Lars Kohnen	CDU (CDU-FDP)	
Herr Robert Kohnen	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)	
Frau Ulrike Leenders	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Dietmar Lux	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Jens Meyer	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Frau Petra Meyer	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Gerd Streichert	SPD (SPD-Fraktion)	ab TOP 10.1 (18.08 Uhr)
Frau Angela Suchan	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)	
Herr Josef Switalla	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Marco Thielscher	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)	
Herr Wolfgang Tröger	UWG/ Freie Wähler (Fraktion UWG/ Freie Wähler)	
Herr Jochen Verbeet	FDP (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Hubert Wynands	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Michael Ziege	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	

Abwesende Stadtverordnete

Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	B90/ Die Grünen (Fraktion B90/ Die Grünen)
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Oliver Walther	CDU
-----------------------------------	-----

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Thomas Schröder
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtrechtsdirektor Marius Claßen
Herr Technischer Bediensteter Achim Engels
Frau Stadtverwaltungsrätin Jutta Gündling
Frau Stadtverwaltungsrätin Maike Heinen
Herr Stadtamtsrat Kevin Hermanns
Frau Stadtverwaltungsrätin Maria Luise Hermanns
Herr Verwaltungsbediensteter Thomas Lohren
Herr Verwaltungsbediensteter Wilfried Plum
Herr Technischer Bediensteter Oliver Stoffels

Schrifführung

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Feiter

Bürgermeister Walther stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und die zahlreichen Zuschauer.

Die **CDU-FDP-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung 3 Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung ebenfalls 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Einführung und Verpflichtung von Stadtverordneten

Bürgermeister Walther begrüßte den neuen Stadtverordneten Hans Engels als Nachfolger für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Sven Bildhauer sowie die neue Stadtverordnete Ulrike Leenders als Nachfolgerin für die ausgeschiedene Stadtverordnete Petra Streifels und führte sie jeweils in ihr Amt ein.

Bürgermeister Walther nahm die Verpflichtung der Stadtverordneten Leenders vor. Stadtverordnete Leenders erhob sich hierzu von ihrem Platz und wiederholte folgende Verpflichtungserklärung:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Sie bekundete somit ihr Einverständnis mit dem Text der Verpflichtungserklärung, die sie im Anschluss unterzeichnete und an die Verwaltung zurückgab.

Eine Verpflichtung des Stadtverordneten Engels musste nicht erfolgen, da er be-

reits als sachkundiger Bürger verpflichtet worden war.

2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2024

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 28.11.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.06.2024 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.06.2024 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

4. Festlegung der Termine für Einwohnerfragestunden im Jahr 2025

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufnahme einer Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung der Sitzungen des Rates am 10.07.2025 und am 27.11.2025.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. Beteiligung der Kreiswerke Heinsberg GmbH im NEW Holding-Modell Anpassung der Gesellschaftsverträge und Satzungen von Beteiligungen des Kreises Heinsberg an die geänderten Vorschriften der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) bei den Tochtergesellschaften der NEW Kommunalholding GmbH hier: 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz mit Anpassungen des § 108 GO NRW

Beschluss:

1. Der Anpassung der Gesellschaftsverträge der Beteiligungen

- 1. NEW mobil & aktiv Mönchengladbach GmbH**
- 2. NEW mobil & aktiv Viersen GmbH**
- 3. WestVerkehr GmbH**
- 4. NEW aktiv Grevenbroich GmbH**

5. **EMG Entwässerung Mönchengladbach GmbH**
6. **EVIE Viersen GmbH**
7. **NEW Umwelt GmbH**

entsprechend beigefügter Anlagen an die geänderten Vorschriften der GO NRW wird zugestimmt (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Die Vertreter Stadt Übach-Palenberg in der Kreiswerke Heinsberg GmbH, in der NEW Kommunalholding GmbH und in der NEW AG werden ermächtigt, die Änderungen umzusetzen und redaktionellen Anpassungen zuzustimmen und diese vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6. **68. Änderung des Flächennutzungsplanes - Marienhöhe II - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung**
-

Bürgermeister Walther fragte im Vorfeld zur Abstimmung zu Nummer 2, ob es Wortmeldungen zu den einzelnen Stellungnahmen der vorliegenden Abwägungstabelle gebe. Dies war nicht der Fall. Im Weiteren fragte er, ob sich dagegen Widerspruch erhebe, über die vorliegende Abwägungstabelle im Ganzen abzustimmen. Auch dies war nicht der Fall, sodass Bürgermeister Walther die Abwägungstabelle betr. Nummer 2 im Ganzen zur Abstimmung stellte.

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der frühzeitigen Beteiligung gem. 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen).
3. Die Erkenntnisse aus der Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln vom 10.12.2024 werden zur Kenntnis genommen.
4. Der Planentwurf zur 68. Änderung des Flächennutzungsplanes – Marienhöhe II - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
5. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 68. Änderung des Flächennutzungsplanes – Marienhöhe II - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: 20 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

zu 2: 17 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

zu 3: 20 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

zu 4: 17 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

zu 5: 20 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

7. **Bebauungsplan Nr. 139 - Marienhöhe II - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

Bürgermeister Walther fragte im Vorfeld zur Abstimmung zu Nummer 2, ob es Wortmeldungen zu den einzelnen Stellungnahmen der vorliegenden Abwägungstabelle gebe. Dies war nicht der Fall. Im Weiteren fragte er, ob sich dagegen Widerspruch erhebe, über die vorliegende Abwägungstabelle im Ganzen abzustimmen. Auch dies war nicht der Fall, sodass Bürgermeister Walther die Abwägungstabelle betr. Nummer 2 im Ganzen zur Abstimmung stellte.

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der frühzeitigen Beteiligung gem. 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf zum Bebauungsplan Nr. 139 – Marienhöhe II – wird mit den vorgenommenen Änderungen beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes 139 – Marienhöhe II - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: 20 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

zu 2: 17 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

zu 3: 17 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

zu 4: 18 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

**8. Bebauungsplan Nr. 136 - Alte Aachener Straße -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Beschluss als Satzung**

Bürgermeister Walther fragte jeweils im Vorfeld zur Abstimmung zu Nummer 1 und 2, ob es Wortmeldungen zu den einzelnen Stellungnahmen der vorliegenden Abwägungstabellen gebe. Dies war nicht der Fall. Im Weiteren fragte er, ob sich dagegen Widerspruch erhebe, über die vorliegenden Abwägungstabellen im Ganzen abzustimmen. Auch dies war nicht der Fall, sodass Bürgermeister Walther die Abwägungstabellen betr. Nummer 1 und 2 im Ganzen zur Abstimmung stellte.

Beschluss:

- 1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabellen (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 2. Über die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 3. Der Bebauungsplan Nr. 136 – Alte Aachener Straße – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9. **5. Änderung der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**

Beschluss:

Die 5. Änderung der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) wird in der vorliegenden Form beschlossen (die Änderungssatzung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. **Haushalt 2025**

10.1 **Haushaltsreden**

Die Haushaltsreden der einzelnen Fraktionen sind als Anlagen der Niederschrift beigelegt. Der fraktionslose Stadtverordnete Brade verzichtete auf das Halten einer eigenen Haushaltsrede.

10.2 **Einwendungen gemäß § 80 Absatz 3 GO NRW zum Haushaltsentwurf**

Es lagen keine Einwendungen vor.

10.3 **Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf**

Bürgermeister Walther benannte die seitens der Fraktionen eingereichten Änderungsanträge. Diese sind als Anlagen der Niederschrift beigelegt.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, sie stelle darüber hinaus den Änderungsantrag, den Haushaltsansatz für den Kunstrasenplatz in Scherpenseel auf 1,3 Mio. Euro zu reduzieren. Den bereits vorliegenden Antrag betr. Fußballplatz Frelenberg ziehe sie zurück.

Die **CDU-FDP-Fraktion** konkretisierte ihren Antrag betr. Kunstrasenplatz Scherpenseel. Sie wolle die Maßnahme nicht komplett aus dem Haushalt streichen lassen, sondern aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation zu dessen Entlastung in das Haushaltsjahr 2026 schieben.

Die **SPD-Fraktion** vertrat die Auffassung, dass die Argumentation der CDU-FDP-Fraktion betr. die Entlastung des Haushaltes nicht korrekt sei.

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** erklärte, eine Verschiebung der Maßnahme Kunstrasenplatz Scherpenseel für 2025 werde sie nicht mittragen. Sie verwies auf ihren Antrag zur Reduzierung des Haushaltsansatzes für den Kunstrasenplatz.

Die **Verwaltung** führte aus, in welcher Reihenfolge sie die vorliegenden Anträge zur Abstimmung stellen wolle, nämlich beziehungsweise auf das haushalterische Änderungspotential des jeweiligen Antrages.

Die **SPD-Fraktion** bat um eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Bürgermeister Walther unterbrach die Sitzung für 5 Minuten.

Anschließend erklärte die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**, dass sie ihren Antrag betr. Reduzierung des Haushaltsansatzes für den Kunstrasenplatz Scherpenseel ändere. Statt des bisher beantragten Ansatzes von 1,2 Mio. Euro beantrage sie nun einen Ansatz von 1,3 Mio. Euro.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie ihren Antrag auf Reduzierung des Haushaltsansatzes für den Kunstrasenplatz zurückziehe, da er nun gleichlautend sei zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Bürgermeister Walther stellte fest, dass somit kein Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung des Haushaltsentwurfes vorliege.

Er stellte die Änderungsanträge wie folgt zur Abstimmung:

Änderungsantrag 1 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

(zu Maßnahme 25):

Erwerb von allgemeinen Grundstücken - statt 1.200.000,00 € jetzt 200.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

**3 Ja-Stimmen
26 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Änderungsantrag 2 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

(zu Maßnahme 28)

Solarthermische Unterstützung - statt 0 € jetzt 50.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Der Antrag wurde somit angenommen.

Änderungsantrag 3 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

(zu Maßnahme 42)

Neubau eines Kunstrasenplatzes – statt 1.850.000,00 € jetzt 1.300.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Änderungsantrag 4 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

(zu Maßnahme 47)

Wartehäuschen - statt 35.000,00 € jetzt 50.000,00 € (Dachbegrünung)

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen

17 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Änderungsantrag 5 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Aufgrund der Aussage der **Verwaltung**, dass das Klimaanpassungsmanagement gestartet sei, aber eine gewisse Einarbeitungszeit benötigt werde, um die in Rede stehenden Anträge der Fraktionen betr. Innenstadtbegrünung gesamtheitlich betrachten zu können, änderte die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung ihren vorliegenden Antrag ab:

Innerstädtisches Aufforstungsprogramm 2025 bis 2028 je 30.000 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Der Antrag wurde somit angenommen.

Änderungsantrag 1 der CDU-FDP-Fraktion:

Verschiebung des Haushaltsansatzes für den Neubau des Kunstrasenplatzes Scherpenseel von 2025 in 2026.

Abstimmungsergebnis:

**16 Ja-Stimmen
14 Nein-Stimmen**

Der Antrag wurde somit angenommen.

Die **CDU-FDP-Fraktion** stellte einen weiteren Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf.

Änderungsantrag 2 der CDU-FDP-Fraktion:

Der Fördertopf für die Solar-Balkon-Kraftwerke wird in 2025 um 15.000 € erhöht und ab 2026 mit 15.000 € jährlich fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Der Antrag wurde somit angenommen.

Änderungsantrag einzelner Stadtverordneter aus CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen:

Neue Investitionsmaßnahme: Umbau und Erweiterung des Schützenheims Scheleberg zu einem multifunktional nutzbaren Vereinsheims für dörfliche Vereine – 130.000 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Abschließend stellte **Bürgermeister Walther** die Änderungstabelle der Verwaltung zur Abstimmung. Es bestand Einigkeit darüber, dass diese en bloc zur Abstimmung gestellt werden könne. **Kämmerer Beeck** wies im Hinblick auf die vorhergehenden Beschlüsse zu den Änderungsanträgen darauf hin, dass hierdurch eine Anpassung bei Nr. 27 (Ansatz globaler Minderaufwand) und Nr. 28 (Investitionskredite) erfolge.

Beschluss:

Die Änderungen zum Haushaltsentwurf 2025 gemäß der Änderungstabelle der Verwaltung mit heutigem Datum werden beschlossen (die Änderungstabelle ist als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10.4 Beratung und Beschluss des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2025

Beschluss:

Dem als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Stellenplan der Beamten/-innen und tariflich Beschäftigten für das Jahr 2025 wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10.5 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2025

Die **SPD-Fraktion** erklärte, sie könne dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen, da damit die Maßnahme Kunstrasenplatz Scherpenseel in das Jahr 2026 verschoben werde. Sie wies darauf hin, dass aus ihrer Sicht mit dieser Entscheidung nichts erreicht werde, außer dass die Maßnahme nächstes Jahr aufgrund zu erwartender Kostensteigerungen vermutlich teurer werde.

Bürgermeister Walther stellte den Entwurf der Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der unter Tagesordnungspunkt 10.3 beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 wird wie folgt beschlossen:

Im Ergebnisplan mit

- Gesamtbetrag der Erträge	85.447.795 €
- Gesamtbetrag der Aufwendungen	90.472.455 €
- abzüglich globaler Minderaufwand von	0 €
- somit auf	90.472.455 €

im Finanzplan mit

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	79.107.993 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	81.211.133 €
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.254.736 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12.602.949 €
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.500 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.054.427 €

Gesamtbetrag der Investitionskredite

0 €

Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen

42.027.568 €

Verringerung der Ausgleichsrücklage

5.024.660 €

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

24.000.000 €

Steuersätze

Grundsteuer A 571 v.H.

Grundsteuer B 666 v.H.
Gewerbsteuer 508 v.H.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

11. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 05.12.2024 gem. § 4 GeschO betr. Nachhaltige Regelungen für Wahlwerbung**
-

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag zu prüfen und das Prüfergebnis im zuständigen Fachausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 27.12.2024 gem. § 4 GeschO betr. Verkehrsführung Alte Aachener Straße 3-45**
-

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag zu prüfen und das Prüfergebnis im zuständigen Fachausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 01.01.2025 gem. § 4 GeschO betr. Regulierung von Silvesterfeuerwerk durch zentrale Feuerwerksorte zur Minimierung von Gefahren und Umweltbelastungen**
-

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag zu prüfen und das Prüfergebnis im zuständigen Fachausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 Erweiterungen zur Tagesordnung

14.1 Kreis Heinsberg: Fortschreibung des Nahverkehrsplanes - Beteiligungsverfahren

Bürgermeister Walther wies auf die geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen und Ordnung sowie des Haupt- und Finanzausschusses hin und stellte diese zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg beabsichtigt im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Kreis Heinsberg darauf hinzuweisen, die Kosten im Rahmen zu halten, um Städte und Gemeinden zu entlasten. Im Übrigen wird keine Stellungnahme abgegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14.2 Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 20.01.2025 gem. § 4 GeschO betr. "Pilotprojekt Schulstraße" (an der GGS in Palenberg)

Die **CDU-FDP-Fraktion** fasste ihren Antrag und ihre Intention zusammen.

Die **SPD-Fraktion** vertrat die Auffassung, dass ein zweiwöchiges Pilotprojekt zeitlich nicht ausreiche. Sie werde den Antrag mittragen, sofern die Schule eingebunden und die Testphase auf ein halbes Jahr ausgedehnt werde.

Die **Verwaltung** erläuterte, dass sie heute eine Testphase von 4 Wochen mit dem Einsatz eigener Kräfte zusagen könne. Wenn jedoch eine Testphase von einem halben Jahr gewünscht werde, müsse sie erst prüfen, wie sie dies abgebildet bekomme.

Beschluss:

Zur Verbesserung der Verkehrssituation an der Grundschule Palenberg soll eine vierwöchentliche Testphase einer Schulstraße (nach dem Aachener Testmodell im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche) durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2025 gem. § 4 GeschO betr. Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Für den Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales wird Herr Peter Jung als 2. stellvertretender Vorsitzender und Sprecher bestimmt.

Als Nachfolgerin von Petra Streifels wird Ulrike Leenders, als Nachfolger von Sven Bildhauer Hans Engels in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales gewählt.

Im Haupt und Finanzausschuss übernimmt Peter Jung, anstelle von Petra Streifels, die Vertretung von Daniela Altana, Hans Engels, anstelle von Sven Bildhauer, die Vertretung von Doris Kleinsteuber.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Zukunft wird Peter Jung Vertreter für Alf-Ingo Pickartz, Doris Kleinsteuber Vertreterin für Christoph Nilles.

Im Rechnungsprüfungsausschuss übernimmt Hans Engels die Nachfolge von Sven Bildhauer als ordentliches Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Der Bericht des Kämmerers wurde zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

Anfragen

Anfrage 1 der CDU-FDP-Fraktion:

Auf Nachfrage der **CDU-FDP-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass die Anbindung des zusätzlichen Rückhaltevolumens an die Pumpenstation Scherpenseel am Donnerstag erfolge, sofern dies witterungsbedingt möglich sei.

Anfrage 2 der CDU-FDP-Fraktion:

Auf Nachfrage der **CDU-FDP-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass der Flüchtlingshilfeverein Hand in Hand ihrer Kenntnis nach reibungslos fortbestehe.

Anfrage 3 der CDU-FDP-Fraktion:

Auf Nachfrage der **CDU-FDP-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass der Anbieter für die Glasfaseranbindung Schulzentrum für das pädagogische Netz eine Beschädigung mitgeteilt habe, deren Behebung bis zu 4 Wochen dauern könne.

Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion**, ob die Verwaltung am alten Tanklager die Gummimatten entfernen lassen könne, um dem Entstehen einer wilden Müllkippe entgegenzuwirken, sagte **Bürgermeister Walther** eine Überprüfung zu.

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Auf Nachfrage der **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** teilte die **Verwaltung** mit, dass morgen die Stimmzettel für die Bundestagswahl bei der Kreisverwaltung Heinsberg abgeholt und somit ab Montag mit der Versendung der Briefwahlunterlagen begonnen werden könne.

Bürgermeister Walther schloss um 19.55 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Walther** um 19.58 Uhr die Sitzung.

Walther
Bürgermeister

Feiter
Schriftführerin